

SOLIDARITÄTSADRESSE an die pro familia Beratungsstellen, vor denen Abtreibungsgegner*innen Mahnwachen abhalten

September 2018

Liebe pro familia Mitarbeiter*innen,

wir, der Landesverband pro familia NRW, erklären ausdrücklich, dass wir Ihnen zur Seite stehen. Wir finden es unerträglich, dass Frauen, die Rat und Unterstützung in Ihrer Beratungsstelle suchen, mit Bildern und Spruchbändern konfrontiert werden, die einschüchtern und verunsichern sollen.

Gemeinsam mit Ihnen setzen wir dagegen, dass das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und auf eine ergebnisoffene, wohlwollende, kostenlose und anonyme Schwangerschaftskonfliktberatung für Frauen uneingeschränkt sichergestellt sein muss.

Als Verband treten wir für die sexuellen und reproduktiven Rechte ein und leiten unser Handeln aus Überzeugungen ab, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind. pro familia hat die Vision einer demokratischen Gesellschaft, deren Fundamente Solidarität, Verantwortung und Gleichberechtigung sind.

Fundamentalistische Christ*innen und Abtreibungsgegner*innen, die sich selber „Lebensschützer*innen“ nennen, wenden sich gegen das Recht von Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung. Erklärtes Ziel der Demonstrierenden ist es, Abtreibungen in Deutschland insgesamt zu verhindern und die Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen zu „bekehren“.

Als Mitarbeiter*innen der pro familia Beratungsstellen setzen Sie bezogen auf die Schwangerschaftskonfliktberatung geltendes Recht um. Sie unterstützen Frauen, Männer und Paare in schwierigen Lebenslagen und tragen mit Ihrer Arbeit dazu bei, dass eine Kultur des Respekts, der Auseinandersetzung, der durch Information geförderte Selbstbestimmung, gestärkt wird. Sie sind diejenigen, die mit dafür sorgen, dass Rechte bekannt sind und wahrgenommen werden können.

Wir solidarisieren uns mit den ratsuchenden Frauen und Ihnen als Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen. Wir treten mit dafür ein, dass das individuelle Recht der Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung und Beratung ohne Drangsalierung wahrgenommen werden kann.

Wir erwarten, dass die Ordnungsämter das Rechtsgut auf Versammlungsfreiheit gegen den Rechtsanspruch von Frauen und Männer auf störungsfreie Beratungen abwägen und die Mahnwachen auf Plätze verweisen, von denen keinerlei Beeinträchtigungen des anonymen Zugangs zu Beratungseinrichtungen ausgeht.

Mit solidarischen Grüßen
pro familia NRW



Rita Kühn
Geschäftsführerin